

Heute mit
DIE RHEINPFALZ
AM SONNTAG

DIE RHEINPFALZ

Germersheimer Rundschau

Samstag, 7. Januar 2023 | Jahrgang 79 | Nr. 6

32282 | Einzelpreis € 2,90

AUS DER PFALZ

Lange Schlangen: Ärztemangel verschärft sich



In Landau bildete sich zwischen den Feiertagen eine lange Schlange vor der Ärztlichen Bereitschaftspraxis. FOTO: WERSEN

LANDAU/MAINZ. Lange Schlangen und stundenlange Wartezeiten vor Bereitschaftsdienstpraxen zwischen den Jahren, wie es sie an ethischen Stellen im Land gegeben hatte, sind erst der Anfang. Jonas Hofmann-Effler, Hausarzt aus Rheinluzern und Sprecher des Netzwerks Südpfalz-Docs, meint, die Kassenärztliche Vereinigung hätte mehr Ärzte für den Bereitschaftsdienst einteilen müssen. Doch das Grundproblem sei ein anderes: viele unbesetzte Hausarzt-Sitze, viele Mediziner kurz vor dem Ruhestand, zu viel Bürokratie, unattraktive Arbeitsbedingungen, fehlendes und wegen Überforderung abwanderndes Fachpersonal und viel zu wenig Nachwuchs. Die Südpfalz-Docs fordern mehr Studienplätze. Außerdem müssten die Patientenströme im Notdienst besser gelenkt werden, beispielsweise durch Portalpraxen an Krankenhäusern, die Patienten empfangen und weiterleiten. Wenn sich nicht bald etwas tue, werde das System zusammenbrechen, warnt Hofmann-Effler. [boe]

AKTUELL

US-Kapitol-Attacke: Hunderte verurteilt



Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump stürmten am 6. Januar 2021 das US-Kapitol. FOTO: DPA

WASHINGTON. Seit der gewaltsamen Erstürmung des US-Kapitols vor genau zwei Jahren haben die Strafverfolgungsbehörden Hunderte Menschen wegen der Attacke festgenommen und angeklagt. Seit damals wurden mehr als 950 Menschen im Zusammenhang mit dem Angriff festgenommen, wie das US-Justizministerium am Freitag mitteilte. Viele von ihnen seien wegen verschiedener Straftaten angeklagt worden. In 350 Fällen auf Bundesesebene sei bislang ein Urteil ergangen. Mehr als 190 Personen seien zu Haftstrafen verurteilt worden. Justizminister Merrick Garland sprach von einer der größten und komplexesten Untersuchungen in der US-Geschichte und sagte: „Unsere Arbeit ist noch lange nicht zu Ende.“

Anhänger des damaligen Präsidenten Donald Trump hatten am 6. Januar 2021 gewaltsam das Parlament in Washington gestürmt. Dort war der Kongress zusammengerufen, um den Sieg des Demokraten Biden bei der Präsidentschaftswahl formal zu bestätigen. Trump hatte seine Anhänger zuvor bei einer Rede damit aufgewiegelt, er sei durch massiven Wahlbetrug um einen Sieg gebracht worden. Als Folge der Krawalle kamen damals fünf Menschen ums Leben. [dpa]

WETTER

Heute: Weitgehend trocken, mild



RHEINPFALZ IM NETZ
www.rheinpfalz.de
www.facebook.com/rheinpfalz



Sternsinger bringen Segen ins Schloss Bellevue



FOTO: FRANK SCHUMACHER/DPA

25 Sternsinger haben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender im Schloss Bellevue besucht. Die Kinder aus dem Bistum Regensburg vertraten dabei kleine und große Königinnen und Könige, die um den Jahreswechsel Spenden für benachteiligte Kinder in aller Welt sammeln, wie das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ mitteilte. „Ihr bringt nicht nur den Segen, ihr bringt auch eine Botschaft“, sagte Steinmeier demnach zu den Sternsängern. „Und eure Botschaft an die Erwachsenen ist wichtiger denn je. Dass wir uns kümmern, um die Kinder, die Opfer von sexueller Gewalt sind und die Botschaft, dass Kinder ihre Rechte brauchen.“ Dazu benötige es Erwachsene, die hinschauten und wüssten, was Kinder bräuchten und wollten, so Steinmeier. [dpa]

FDP: Lindner fordert neuen Kurs der Ampel

STUTTGART. FDP-Chef Christian Lindner hat von den Koalitionspartnern eine Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gefordert.

Eine Wiederwahl der Ampel-Koalition bei der nächsten Bundestagswahl werde „nur gelingen, wenn wir das Land wieder auf die wirtschaftliche Erfolgsspur zurückführen“, sagte Lindner am Freitag beim FDP-Dreikönigstreffen in Stuttgart. Die Koalition müsse weniger auf Umverteilung setzen und mehr auf Wachstum.

In der Steuer- und Energiepolitik formulierte Lindner bei dem Parteitreffen Forderungen, die wenig Aussicht auf Umsetzung mit SPD und Grünen haben – etwa eine generelle Senkung der Abgabenlast für Bürger und Unternehmen, ein abermaliges Verschieben des Atomausstiegs und die Förderung von Schiefergas in Deutschland. „Die FDP sollte keine Vorschläge unterbreiten, die zu den Grünen passen – die FDP sollte weiter Vorschläge unterbreiten, die zur Realität passen“, sagte der Parteichef. „Daran werden wir festhalten in fröhlicher Penetranz.“

Lindner schlug in seiner Rede zudem vor, die Bildungspolitik mit einer zusätzlichen „jährlichen Bildungsmilliarde“ weiter zu stärken. Zudem sprach er sich für eine dauerhafte Erhöhung des Verteidigungshaushalts aus. Auch auf die Forderungspolitik ging Lindner ein – und forderte ein Ende der letzten Corona-Maßnahmen. [dp]

LEITARTIKEL SEITE 2

Moskau wirft Berlin Eskalation vor

Russland reagiert empört auf die von der Bundesregierung bewilligte Lieferung des Schützenpanzers Marder an die Ukraine. In Deutschland läuft schon die Debatte über den nächsten Schritt.

BERLIN. Russland hat die Entscheidung Deutschlands zur Lieferung von Schützenpanzern und eines Patriot-Flugabwehrsystems an die Ukraine als „Schritt hin zur Eskalation“ verurteilt. Mit der Bereitstellung dieser schweren Waffen werde erneut eine „moralische Grenze“ überschritten, erklärte die russische Botschaft in Berlin am Freitag. Sie verwies dabei auf die historische Verantwortung Deutschlands für die von den Nazis an Russen begangenen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg.

Bundeskanzler Olaf Scholz und US-Präsident Joe Biden hatten am Donnerstagabend nach einem Telefonat erklärt, der Ukraine erstmals Schützenpanzer westlicher Bauart liefern zu wollen. Die Bundesregierung will bis Ende März rund 40 Marder schicken. Die achtwöchige Ausbildung ukrainischer Soldaten an den gepanzerten Fahrzeugen, die vergleichsweise leicht bewaffnet sind, soll in Deutschland stattfinden.

Die Bundeswehr verfügt insgesamt über etwa 370 Marder, von denen viele vor einem Einsatz auch überholt werden müssen. Etwa die Hälfte gilt aktuell als einsatzbereit.

Zudem sind Marder für die Nato-Verpflichtung in der Schnellen Eingreiftruppe (VJTF) gebunden, nachdem der Einsatz des moderneren Puma auf Eis gelegt worden war.

Die Ukraine hatte die westlichen Alliierten und insbesondere Deutschland „monatelang um Kampf- und Schützenpanzer gebeten. Präsident Wolodymyr Selenskyj dankte Scholz und Biden für die jetzt erfolgte Zusage.“ „Wir werden

noch ein Patriot-System und mächtige Panzertechnik bekommen, das ist wirklich ein großer Sieg für unseren Staat“, sagte er in seiner Videoansprache.

In der Koalition machten sich unterm anderem vor allem FDP-Politiker für die Lieferung von Kampfpanzern stark, aber auch der Grünen-Europaparlitiker Anton Hofreiter. In der ARD forderte er die Bundesregierung auf, „eine europäische Initiative“ für die Lieferung von Leopard-2-Panzern zu starten. Die Strategie müsse sein, dass die Ukraine mit allem unterstützt werde, was sie auf dem Gefechtsfeld brauche und dazu gehöre noch deutlich mehr. Der SPD-Außensekretär Ralf Stegner wies solche Forderungen zurück.

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag forderte die Koalition zum Auftakt ihrer Klausurtagung auf, der Ukraine neben Schützenpanzern auch Kampfpanzer zu liefern. „Der zweite Schritt muss auch kommen“, sagte Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. AfD-Chef Tino Chrupalla warnte dagegen: „Deutschland droht endgültig zu Kriegspartei zu werden – mit unabherrschbaren Folgen für unser Land und seine Bürger.“ [dpa] KOMMENTAR SEITE 2; SEITE 3



Deutschland will der Ukraine 40 Marder liefern. FOTO: K.-O. GABBERT/DPA

Ein Mythos, der die Moral stärkt

„Geist von Kiew“: Wie der Comic eines japanischen Hobby-Zeichners in der Ukraine Furore macht

VON PETER MÜLLER

Am ersten Tag von Russlands Angriff schießt ein ukrainischer Kampfpilot gleich mehrere russische Flugzeuge ab und wird in den sozialen Medien als Kriegsheld gefeiert. Eine Geschichte – zu gut, um wahr zu sein. Ist sie wohl auch nicht. Der „Geist von Kiew“, wie der mit heruntergeklapptem Visier gezeigte Pilot genannt wird, ist ein Mythos. Faktenprüfer haben die im Internet kursierenden Bilder und Berichte als Fake News entlarvt. Die Luftwaffe bestätigte später, den Geist habe es nie gegeben. Moskau und Kiew führen eben auch einen Informationskrieg. Und eine Helden erzählung eignet sich gut, um die Moral einer geschundenen Nation zu stärken.

Die Saga bietet sich auch für eine künstlerische Bearbeitung. Im fernen Japan machte sich also Juko



100.000 Exemplare hofft der Verlag zu verkaufen. FOTO: RANOK/VERLAG

Matsuda ans Werk. Er lebt in der Präfektur Saitama nördlich von Tokio, und Manga sind sein Hobby. Für ein eigenes Fan-Magazin machte er einen 16-seitigen Comic mit viel Action in der Luft über die vermeintlichen Abenteuer des Geister-Piloten. Er habe einfach einen herumfliegenden Kämpfer zeichnen wollen, erzählt er lapidar in einem Chat.

Als Matsuda im April sein Werk auf Twitter präsentierte, wurde das auch in der Ukraine wahrgenommen. Der Kinderbuch-Verlag Ranok setzte alle Hebel in Bewegung, um in Kontakt mit dem Zeichner zu kommen. Schließlich half der ukrainische Botschafter in Japan. Während in Charkiw ukrainische Raketen einschlugen, der Strom ständig aus-

fiel und das Internet selten funktionierte, arbeitete daraufhin Redakteurin Kateryna Novak an der Übersetzung, wie sie auf der Internetseite des Verlags berichtet.

Die Erstauflage mit 25.000 Exemplaren auf Ukrainisch und weiteren 5000 in Englisch verkaufte sich gut. Am Ende abzusetzen, eine enorme Anzahl für ein Manga. Ein Teil der Erlöse soll den ukrainischen Streitkräften zugute kommen.

Als im Dezember japanische Zeitungen über das Projekt berichteten, sorgte das noch einmal für großes Aufsehen in sozialen Medien. Eine Veröffentlichung des Comics in den USA ist nun sogar angedacht. „Ich hätte nie gedacht, dass ich so einen Trübel auslösen würde“, gibt sich Amateur-Zeichner Matsuda bescheiden. Eine gute Geschichte – und sogar wahr.

Kriegsdienst: Viel mehr Verweigerer

BERLIN. Die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich 2022 angesichts des Ukraine-Kriegs im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht. Wie die RND-Zeitungen unter Berufung auf das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben berichteten, gingen im Jahr 2021 insgesamt 201 und im vergangenen Jahr 951 Anträge ein.

Der Antrag können auch Ungediente und Reservisten stellen, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Freitag. Sie machten 2022 den größten Anteil aus. „Wir hatten 223 Anträge von Soldatinnen und Soldaten, 266 von Reservistinnen und Reservisten und 593 von Ungedienten.“ Als Ungediente bezeichnet man Männer und Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die keinen Wehrdienst geleistet haben. Grundsätzlich kann jeder deutsche Staatsbürger einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen. [afp/dpa]